

Quarantäne: Widerstand wächst

Wirtschaftsverbände verlangen dezidiert eine Verkürzung – oder gar die Abschaffung

Lukas Häuptli

Den Anfang hatte SVP-Bundesrat Ueli Maurer gemacht. «Man schickt die Leute jetzt sehr rasch in Quarantäne», sagte er Mitte September in der «Tagesschau» des Schweizer Fernsehens. Im Gesundheitsbereich müsse man aber «wahrscheinlich» Risiken eingehen. «Deshalb diskutieren wir, wie schnell wir die Leute, die negativ sind, auch wenn sie in einem gefährdeten Gebiet waren, wieder an den Arbeitsplatz zurückschicken können.»

Das war ein unverblümtes Plädoyer dafür, dass der Bund die Quarantäne-Bestimmungen in der Schweiz lockert. Damals galt, was noch heute gilt: In eine zehntägige Quarantäne muss, wer mit einer Corona-infizierten Person sogenannten engen Kontakt hatte oder wer aus einem Risikogebiet in die Schweiz ein- oder zurückreist. Als eng gilt ein Abstand von höchstens 1,5 Metern während mindestens 15 Minuten; zu den Risikogebieten zählen zurzeit rund 60 Länder sowie 20 Regionen und Orte in Italien, Frankreich und Österreich, darunter Ligurien, die Provence und die Bretagne sowie Wien.

Jetzt, drei Wochen später, fordert nicht nur der SVP-Bundesrat, sondern praktisch die ganze Wirtschaft die Lockerung der einschlägigen Bestimmungen. Die zehntägige Quarantäne soll, so der Tenor, entweder deutlich verkürzt oder gleich ganz abgeschafft werden.

So sagt Daniella Lützeltschwab, die beim Schweizerischen Arbeitgeberverband das Ressort Arbeitsmarkt leitet: «Wir verlangen, dass die Dauer der Quarantäne verkürzt wird, sobald dies aus gesundheitlicher Sicht vertretbar ist.» Es sei wichtig, dass man die Frage der Quarantäne-Dauer möglichst rasch kläre.

Wiederholt abwesend

Ähnlich tönt es bei Corinne Aeberhard vom Schweizerischen Gewerbeverband: «Wir sind dezidiert der Meinung, dass die Quarantäne-Dauer verkürzt werden muss. Die wiederholte Abwesenheit von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ist für kleinere und mittlere Unternehmen eine zusätzliche Belastung, die in dieser Krise kaum tragbar ist.» Mit dem Herbstbeginn werde die Situation noch schwieriger, weil sich jetzt



Auch Geschäfte leiden unter den Quarantäne-Regeln – dann, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Hause bleiben müssen. (27. 8. 2020)

auch andere Viren, besonders Grippeviren, ausbreiteten. «Spekulationen über Covid-19-Ansteckungen drohen die kleinen und mittleren Unternehmen zu paralysieren, wenn Mitarbeitende mit anderen Viren unnötig in Quarantäne geschickt werden.» Deshalb sei es wichtig, dass in grossen Mengen Schnell- und Selbsttests zur Verfügung stünden.

Auch Rudolf Minsch, stellvertretender Chef des Wirtschafts-

dachverbands Economiesuisse, setzt auf Schnelltests. «Die geltenden Quarantäne-Regeln verursachen hohe volkswirtschaftliche Kosten», sagt er. In den Geschäften fehlten Kunden und im Tourismus die ausländischen Gäste. Am Arbeitsplatz fehlten Arbeitnehmer, und Eltern hätten grosse Mühe, in Quarantäne-Fällen Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. «Nun sollten bald Schnelltests in ausreichendem

Ausmass bereitstehen», fordert Minsch. «Diese klären rasch, ob eine Person infiziert ist oder nicht. Bei allen negativ getesteten Personen braucht es dann keine Quarantäne mehr.»

Ganze Welt will Tests

Bei den Schnell- oder sogenannten Antigen-Tests gibt es allerdings mindestens drei Probleme. Das erste: Sie müssen noch vom Schweizer Referenzlabor am Gen-

fer Universitätsspital validiert werden, wie ein Sprecher des Bundesamts für Gesundheit sagt. Das zweite: Sowohl die herkömmlichen PCR- als auch die neuen Antigen-Tests sind lediglich Momentaufnahmen für den Zeitpunkt des Testens. Als Ersatz für eine zehntägige Quarantäne braucht es also für jede Person mehrere Tests. Damit verbunden ist das dritte Problem: die mangelnde Verfügbarkeit. «Die ganze Welt will diese Tests», sagte die Zürcher Virologie-Professorin Alexandra Trkola am letzten Dienstag in der SRF-Sendung «Club». «Das ist das ganz grosse Problem.»

Die Wissenschafts-Task-Force des Bundes hatte letzte Woche ein Papier veröffentlicht, in dem die Auswirkungen von kürzeren Quarantänen skizziert sind. Task-Force-Mitglied Marcel Tanner erklärte darauf in der Sendung «Club», mit den nötigen Tests könne man die Quarantäne-Dauer verkürzen – «möglicherweise auf sieben Tage». Aufgrund des Papiers sowie weiterer Angaben der Task-Force wird der Bundesrat in den nächsten Tagen oder Wochen einen Entscheid fällen.

Verstösse gegen Quarantäne-Bestimmungen

Bussen schwanken zwischen 250 und 2000 Franken

Wer gegen die Quarantäne-Bestimmungen des Bundes verstösst, wird angezeigt und gebüsst. Grundsätzlich. Allerdings sind sowohl die Zahl der Verzeigungen als auch die Höhe der Bussen von Kanton zu Kanton höchst unterschiedlich. So hat sich die Statthalterkonferenz des Kantons Zürich für Verstösse gegen die Quarantäne-Bestimmungen auf eine Richt-Busse von 2000 Franken

festgelegt, wie Claude Schmidt, der Präsident der Konferenz, sagt. Die Höhe der Bussen begründet Schmidt damit, dass ein Verstoß gegen die Vorgaben «kein Bagatelldelikt» sei.

Ganz anders im Kanton Solothurn. Hier hat die Staatsanwaltschaft bis jetzt fünf Strafbefehle wegen Verstößen gegen die Quarantäne-Bestimmungen erlassen. «Die Bussen bewegten sich zwischen 250

und 500 Franken», sagt Sprecherin Cony Brand. Die Staatsanwaltschaft habe die Bussenhöhe so festgelegt, dass sie verhältnismässig sei und mit Bussen anderer Übertretungstatbestände korrespondiere.

Nochmals anders ist es im Kanton Waadt. Hier werden viel weniger Personen angezeigt als anderswo. Und von allfälligen Bussen hat die Staatsanwaltschaft «keine Kenntnis». (luh.)

Bürgerliche Grabenkämpfe um Konzern-Initiative

Ob bei CVP, FDP oder GLP: Die Volksinitiative für mehr Konzernverantwortung spaltet das bürgerliche Lager. Daniel Friedli

Es dürfte der heftigste Abstimmungskampf des Jahres werden. Und am Dienstag steigt nun auch die zuständige Bundesrätin ein. Justizministerin Karin Keller-Sutter wird vor den Medien darlegen, wieso die Regierung die Konzernverantwortungsinitiative ablehnt und stattdessen auf einen indirekten Gegenvorschlag setzt. Es ist der Start einer Kampagne, in der Keller-Sutter durchaus eine aktive Rolle spielen will.

Sie plant mehrere Auftritte und Interviews, wobei die St. Gallerin auch etwas in der Pflicht steht: Sie hat letzten Sommer den Gegenvorschlag ins Spiel gebracht, der nun das Volk von einem Nein zur Initiative überzeugen soll. Dementsprechend wird erwartet, dass sie sich jetzt

im Abstimmungskampf auch für diesen engagiert.

Ungewöhnlich ist, dass sie dabei gegen einen Parteifreund antreten muss. Denn die Initianten werden von FDP-Mann Dick Marty angeführt. Der Tessiner wird sich kraft seiner Reputation als ehemaliger Staatsanwalt, Staatsrat, Ständerat und Sonderberichterstatter des Europarats für ein Ja ins Zeug legen. Und er scheut sich nicht, dabei auch seine Partei zu kritisieren. Schon vor Jahresfrist klagte er etwa, die alte FDP hätte nicht derart für mächtige Konzerne gekämpft. Die Initiative will, dass Schweizer Konzerne und von ihnen kontrollierte Firmen für Schäden haften, die sie wegen mangelnder Sorgfalt im Ausland anrichten. Der Gegenvorschlag verpflichtet Firmen, ihre Sorgfaltspflichten einzuhalten und regelmässig darüber Bericht zu erstatten.

FDP-Bundesrätin gegen FDP-Doyen – es dürfte nicht das einzige innerparteiliche Duell blei-

ben. Wie selten ein Volksbegehren reisst die Konzernverantwortungsinitiative Gräben durch fast alle bürgerlichen Parteien. In der FDP hat Dick Marty zwar keine aktiven Parlamentarier, aber eine Gruppe von ehemaligen Amtsträgern hinter sich, darunter Ex-Nationalratspräsident Yves Christen oder der ehemalige Ständeratspräsident Raphaël Comte. Keller-Sutter weiss Parteileitung und Fraktion auf ihrer Seite und mit Ruedi Noser auch den Mann, der bisher den Initianten am lautesten Paroli geboten hat.

Noch tiefer geht der Riss in der CVP. Auch sie stellt mit Ständerat Beat Rieder einen Baumeister des Gegenvorschlags. Auf seine Empfehlung hin hat die Partei auch die Nein-Parole gefasst. Doch gut ein Drittel der Delegierten stimmte an der Versammlung der Initiative zu. Und auch im bürgerlichen Ja-Komitee sitzen über 150 Christdemokraten, darunter die Nationalräte Stefan Müller-Altermatt, Simon Stadler und Priska



Sagt Nein: Karin Keller-Sutter.



Sagt Ja: Alt-Ständerat Marty.

Wismer-Felder. Auch die Jungpartei hat die Ja-Parole gefasst, ebenso wie die BDP, mit der die CVP bald fusionieren will.

Zum Hickhack kommt es schliesslich auch bei den Grünliberalen. Ihre Fraktion hat der Initiative im Rat zugestimmt,

Nationalrat Beat Flach trat denn diese Woche auch im bürgerlichen Ja-Komitee vor die Medien. Mit Isabelle Chevalley legt sich aber auch eine prominente GLP-Nationalrätin gegen die Initiative ins Zeug. Chevalley ist eine erfahrene Umweltpolitikerin, kennt

In Kürze

Genfer Präsident ist Corona-positiv

Der Genfer Regierungspräsident und ehemalige Nationalrat Antonio Hodgers hat sich mit dem Coronavirus angesteckt. Laut dem Präsidialdepartement wurde der grüne Politiker am Freitagabend positiv getestet und hat sich umgehend in Quarantäne begeben, die bis 12. Oktober dauern wird. In der Zwischenzeit übernimmt Vizepräsident Mauro Poggia vom Mouvement citoyens genevois seine Geschäfte. (sda)

Gleich mehrere Betrunkene ertappt

In der Nacht auf Samstag hat die Kantonspolizei St. Gallen elf fahrunfähige Autolenker angehalten. Acht von ihnen waren alkoholisiert, sieben mussten den Ausweis abgeben. In Basel sah ein Polizist, wie ein Autolenker beim Rotlicht Bier trank. Die Atemprobe ergab einen zu hohen Alkoholwert. Der Mann beteuerte, er habe statt eines Energydrinks versehentlich ein Bier gekauft. Dennoch wurde er verzeigt. (zsz.)

Auto mit fünf Insassen brennt aus

In Rapperswil-Jona ist in der Nacht auf Samstag ein 20-jähriger Lenker mit seinem Auto nach einem Überholmanöver von der Strasse abgekommen. Es hob ab, landete auf dem Dach und geriet in Vollbrand. Alle fünf verletzten Insassen im Alter von 19 bis 24 Jahren konnten durch Kollegen aus dem Auto befreit werden. Sie wurden ins Spital gebracht. Das Auto brannte laut Polizeimitteilung komplett aus. (zsz.)

Verletzter nach Gas-Explosion

Bei einer heftigen Detonation sind in Lausanne in der Nacht auf Samstag zwei Wohnungen stark beschädigt worden. Die aufgeborenen Rettungskräfte fanden in einer der Wohnungen einen schwer verletzten, 46-jährigen Mann, der ins Spital gebracht wurde. Sie stellten zudem eine Gasflasche sicher. Der Staatsanwalt hat Ermittlungen eingeleitet. (zsz.)

Afrika gut, engagiert sich selber in einem Hilfswerk - und spielt damit als Aushängeschild eine ähnliche Rolle wie Marty, nur auf der anderen Seite. Schliesslich finden sich sogar einzelne SVP-Politiker im Ja-Lager, wenn auch nur solche von lokaler Geltung.

Diese Ausgangslage macht die Nein-Kampagne für die Bürgerlichen schwieriger als gewohnt, was auch Politologe Georg Lutz so sieht. Er erklärt sich die Gräben dadurch, dass hinter dem Begehren viele Hilfswerke und Kirchen stehen, deren Einfluss weit ins bürgerliche Lager reicht. Zudem werfe die Initiative eine Frage auf, die sich nicht einfach mit typischen ordnungspolitischen Argumenten beantworten lasse.

Trotzdem geben sich auch die Gegner zuversichtlich - und ob der internen Gräben wenig besorgt. CVP-Chef Gerhard Pfister jedenfalls sagte diese Woche, für seine Partei sei dies keine Zerreihsprobe, sondern eine gute und spannende Diskussion.